

No. 43069

**Germany
and
China**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the People's Republic of China concerning cooperation in the economic, industrial and technological fields. Berlin, 30 June 2000

Entry into force: *26 January 2003 by notification, in accordance with article 14*

Authentic texts: *Chinese and German*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 1 September 2006*

**Allemagne
et
Chine**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République populaire de Chine relatif à la coopération dans les domaines économique, industriel et technologique. Berlin, 30 juin 2000

Entrée en vigueur : *26 janvier 2003 par notification, conformément à l'article 14*

Textes authentiques : *chinois et allemand*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 1er septembre 2006*

中华人民共和国政府和德意志联邦共和国政府 关于在经济、工业和技术领域合作的协定

中华人民共和国政府和德意志联邦共和国政府(以下简称“缔约双方”),本着在平等互利的基础上加强和加深两国在经济、工业和技术领域合作关系的愿望,认识到中华人民共和国政府和德意志联邦共和国政府一九七九年十月二十四日签订的经济合作协定对发展双边经济关系所做的贡献,旨在通过一个新协定为新的合作形式改善框架条件,在与缔约双方现有法律和各自所承担的国际义务相一致的前提下,注意到中华人民共和国和欧洲经济共同体于一九八五年五月二十一日签订的贸易和经济合作协定,达成协议如下:

第 一 条

一、缔约双方将努力以适当的方式促进并扩大两国在经济、工业和技术领域的合作。在非歧视和互利的基础上,双方将努力尽可能平衡和协调地发展两国经济关系。

二、缔约双方愿意在遵守其国际义务的前提下相互给予对方的企业、组织和机构尽可能全面的市场准入权利。

第 二 条

一、两国企业、组织和机构在本协定范围内的经济、工业和技术合作原则上在商业性基础上进行。合作的条件由参与的企业、组

织和机构根据各自的利益,并在符合两国现行法律法规的基础上商定。

二、两国企业、组织和机构于本协定生效前或有效期内所承担的法律义务不受本协定生效、变更或终止的影响。

第 三 条

合作可以包括以下方面:

- 在两国市场和第三国市场上生产和销售产品;
- 服务贸易领域;
- 投资,包括成立合资企业;
- 新建、扩建和改造工业设备和基础设施;
- 交换专利、许可证和技术诀窍,包括技术信息和资料;
- 应用和改进现有工艺并开发新工艺;
- 工业研究与开发;
- 交流信息,以改善销售条件;
- 交流专业代表团、专家和实习生;
- 举办研讨会、讲座、博览会和展览会。

第 四 条

认识到准确、及时的经济、外贸和商业信息对于成功的经济合作的意义,缔约双方将努力确保两国对合作感兴趣的企业、组织和机构在符合各自法律法规的基础上能够得到所需要的信息。鉴于可靠的和具有可比性的统计数据的重要性,缔约双方支持两国国家统计机构开展密切合作。

第 五 条

缔约双方将在符合两国各自现行法律法规的基础上尽可能地推动和支持两国对经济、工业和技术合作感兴趣的企业、组织和机构之间建立和保持业务联系。必要时缔约双方将帮助对合作感兴趣的伙伴克服他们在保持直接联系方面所遇到的困难。

第 六 条

一、缔约一方境内的企业、组织和机构享有根据缔约另一方现行法律法规在其境内设立外商投资企业、分支机构和代表机构的权利。缔约双方不承担超过其在国际条约或组织范围内所承担的义务。

二、根据两国各自现行有效的法律法规和国际义务，缔约一方将向缔约另一方境内的企业、组织和机构提供不低于给予其它第三国企业、组织和机构的待遇。这一点尤其适用于设立常驻代表处、聘用专业及管理人员、租用办公室和住房、安装长途电话、传真和电传，以及必要的办公设备和私人用品的进口和再出口。

三、已在缔约一方境内设立分支机构和代表机构的缔约另一方境内的企业、组织和机构有权在东道国现行有效的法律法规框架内成立代表其共同利益的团体。

第 七 条

考虑到缔约一方境内的中小企业在与缔约另一方的伙伴开展经济、工业和技术合作时尤其需要支持，缔约双方愿意全面支持那些受缔约另一方委托行使促进贸易与合作任务的组织开展的活动。

第 八 条

缔约双方承认有效地保护知识产权对经济、工业和技术合作所具有的意义。缔约双方愿意在工业产权保护领域进行以贯彻两国现行有效的法律法规为目的的合作。缔约双方将特别就在两国境内适用的知识产权保护的法规范和程序持续地交流信息。

第 九 条

鉴于中长期项目的融资对于发展和加深经济、工业和技术合作的重要意义,缔约双方将努力在两国现行法律法规和规章的范围内为这种融资提供尽可能优惠的条件。缔约双方将努力为新合作形式的商业融资,尤其是基础设施建设的项目融资创造优惠的框架条件。

第 十 条

根据两国各自现行有效的法律法规和规章,中华人民共和国和德意志联邦共和国之间的支付往来以中华人民共和国的货币、德意志联邦共和国的货币或者其它由交易双方同意的、可自由兑换的货币办理。

第 十 一 条

一、缔约双方赞同尽可能通过友好协商解决两国企业、组织和机构之间所签合同而引起的或与此有关的争议。

二、如争议经过协商不能解决时,争议双方可以根据合同本身规定的仲裁条款或专门的仲裁协议提请仲裁。仲裁可以在中华人民共和国、德意志联邦共和国或双方同意的第三国进行。在仲裁程

序方面,采用争议双方同意的仲裁机构有效的仲裁规则。

三、缔约双方推荐企业、组织和机构在其所签订的合同中订立根据联合国国际贸易法委员会制订的示范仲裁规则所规定的仲裁条款。

四、缔约双方有义务根据一九五八年六月十日订于纽约的关于《承认及执行外国仲裁裁决公约》的规定相互承认与执行在对方境内作出的仲裁裁决。

第十二条

一、缔约双方成立由政府和经济界代表组成的混合委员会。

二、混合委员会的任务是:检查本协定的执行,讨论执行本协定时发生的问题,提出旨在实现本协定目标的建议,并提交给各自政府。

三、考虑到两国经济的发展以及由此产生的双方的优先领域和利益,混合委员会讨论经济、工业和技术领域合作的议题。

四、混合委员会根据缔约双方的愿望,轮流在两国举行会议。

五、如缔约双方认为有必要,混合委员会可以为特别问题和任务成立工作小组或专门联系机构,以支持混合委员会实现本协定的目标。

第十三条

如果缔约一方的国际义务涉及本协定并影响本协定的基本宗旨,缔约双方将进行协商。

第十四条

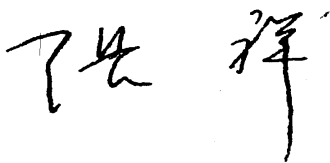
一、本协定须缔约双方各自完成使本协定生效所必需的国内前提条件并相互通知。本协定自后一方的通知到达对方之日起第三十天生效。

二、本协定有效期为五年。如果在期满的三个月前缔约任何一方未通过外交途径以书面形式通知缔约另一方终止本协定，则本协定自动延长五年，并依此法顺延。

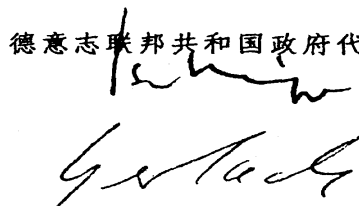
三、如果缔约双方认为有必要，可对本协定进行修改。

本协定于二〇〇〇年三月三十日在柏林签订，一式两份，每份都用中文和德文写成，两种文本同等作准。

中华人民共和国政府代表



德意志联邦共和国政府代表



[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Abkommen

zwischen

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Regierung der Volksrepublik China

über

die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Industrie und Technik

**Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Volksrepublik China

im folgenden Vertragsparteien genannt**

in dem Wunsch, die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf den Gebieten der Wirtschaft, Industrie und Technik auf der Grundlage der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens zu verstärken und zu vertiefen,

in Anerkennung des Beitrages, den das Abkommen vom 24. Oktober 1979 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China über die wirtschaftliche Zusammenarbeit für die Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen geleistet hat,

in der Absicht, durch ein neues Abkommen die Rahmenbedingungen für neue Formen der Zusammenarbeit zu verbessern,

in Übereinstimmung mit dem Rechtsbestand der Vertragsparteien und den von ihnen übernommenen jeweiligen internationalen Verpflichtungen,

unter Bezugnahme auf das Abkommen über die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Volksrepublik China vom 21. Mai 1985 -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien werden sich bemühen, die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Industrie und Technik zwischen beiden Staaten mit geeigneten Mitteln zu fördern und zu erweitern. Dabei werden sie bestrebt sein, ihre Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung und des beiderseitigen Vorteils möglichst ausgewogen und harmonisch zu gestalten.

(2) Die Vertragsparteien erklären ihre Bereitschaft, den Unternehmen, Organisationen und Institutionen der jeweils anderen Seite unter Beachtung ihrer internationalen Verpflichtungen möglichst umfassende Marktzugangsrechte zu gewähren.

Artikel 2

(1) Die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Industrie und Technik zwischen Unternehmen, Organisationen und Institutionen beider Staaten im Rahmen dieses Abkommens findet grundsätzlich auf kommerzieller Grundlage statt. Die Bedingungen der Kooperation werden von den beteiligten Unternehmen, Organisationen und Institutionen nach Maßgabe ihrer jeweiligen Interessen und im Einklang mit den in jedem der beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften vereinbart.

(2) Die vor dem Inkrafttreten oder während der Geltungsdauer dieses Abkommens von den Unternehmen, Organisationen und Institutionen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Inkrafttreten, von Änderungen oder vom Ablauf dieses Abkommens unberührt.

Artikel 3

Die Zusammenarbeit kann umfassen:

- Herstellung von Waren und deren Vertrieb auf den Märkten beider Länder sowie auf dritten Märkten,
- Dienstleistungen,
- Investitionen einschließlich der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen,
- Errichtung, Ausbau und Modernisierung von Industrieanlagen und Infrastruktureinrichtungen,
- Austausch von Patenten, Lizenzen und technischem Know-how, einschließlich technischer Informationen und Dokumentation,
- Anwendung und Verbesserung bestehender und Entwicklung neuer technischer Verfahren,
- industrielle Forschung und Entwicklung,
- Austausch von Informationen zur Verbesserung der Absatzmöglichkeiten,
- Austausch von Fachdelegationen, Experten und Praktikanten,
- Veranstaltung von Symposien, Seminaren, Messen und Ausstellungen.

Artikel 4

Die Vertragsparteien sind sich der Bedeutung bewusst, die präzisen und aktuellen Wirtschafts-, Außenhandels- und Geschäftsinformationen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit zukommt. Sie werden Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass die an einer Zusammenarbeit interessierten Unternehmen, Organisationen und Institutionen beider Staaten die erforderlichen Informationen in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der jeweiligen Vertragspartei erhalten. Im Hinblick auf die Bedeutung zuverlässiger und kompatibler Statistiken unterstützen beide Vertragsparteien eine enge Zusammenarbeit zwischen den zentralen Statistikbehörden beider Länder.

Artikel 5

Die Vertragsparteien werden im Einklang mit den in jedem der beiden Staaten geltenden Gesetzen und Regelungen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Herstellung und Pflege von Geschäftskontakten zwischen den an einer Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Industrie und Technik interessierten Unternehmen, Organisationen und Institutionen beider Staaten fördern und unterstützen. Erforderlichenfalls werden sie behilflich sein, auftretende Schwierigkeiten bei der Pflege direkter Kontakte zwischen den an einer Zusammenarbeit interessierten Partnern zu überwinden.

Artikel 6

(1) Unternehmen, Organisationen und Institutionen aus dem jeweiligen Hoheitsgebiet einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei das Recht zur Gründung von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung, Niederlassungen und Repräsentanzen auf der Grundlage der geltenden Gesetze und Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei. Die Vertragsparteien übernehmen keine Pflichten, die über die von ihnen im Rahmen von internationalen Verträgen oder Organisationen übernommenen Verpflichtungen hinausgehen.

(2) Die Vertragsparteien werden Unternehmen, Organisationen und Institutionen aus dem jeweiligen Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei im Rahmen der jeweils geltenden Gesetze, Rechtsvorschriften und internationalen Verpflichtungen nicht schlechter stellen als Unternehmen, Organisationen und Institutionen aus anderen Drittländern. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Errichtung ständiger Vertretungen, für die Einstellung und Beschäftigung von Fach- und Führungskräften, für die Anmietung von Büro- und Wohnräumen, für die Einrichtung von Fernsprech-, Telefax- und Fernschreibanschlüssen, sowie für die Einfuhr und Wiederausfuhr der notwendigen Büroausstattungen und persönlicher Gegenstände.

(3) Unternehmen, Organisationen und Institutionen aus dem jeweiligen Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die sich im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei niedergelassen haben, haben das Recht, zur Vertretung ihrer gemeinschaftlichen Interessen im Rahmen der jeweils geltenden Gesetze und Rechtsvorschriften des Gastgeberlandes Vereinigungen zu gründen.

Artikel 7

In Anbetracht der Unterstützung, deren insbesondere mittlere und kleine Unternehmen aus dem jeweiligen Hoheitsgebiet einer Vertragspartei bei der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Industrie und Technik mit Partnern der jeweils anderen Vertragspartei bedürfen, erklären die Vertragsparteien ihre Bereitschaft, die Tätigkeit von Organisationen, die im Auftrag der jeweils anderen Vertragspartei Aufgaben der Handels- und Kooperationsförderung wahrnehmen, umfassend zu unterstützen.

Artikel 8

Die Vertragsparteien erkennen die Bedeutung eines wirksamen Schutzes des geistigen Eigentums für die Kooperation auf den Gebieten der Wirtschaft, Industrie und Technik an. Sie erklären sich bereit, mit dem Ziel der Durchsetzung der in beiden Ländern geltenden Gesetze und Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der gewerblichen Schutzrechte zusammenzuarbeiten. Sie werden sich insbesondere über Rechtsvorschriften und Verfahren, welche in den Hoheitsgebieten beider Staaten für den Schutz geistigen Eigentums gelten, laufend informieren.

Artikel 9

Im Hinblick auf die Bedeutung, die der Finanzierung von mittel- und langfristigen Vorhaben für die Entwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Industrie und Technik zukommt, werden die Vertragsparteien Anstrengungen unternehmen, damit derartige Finanzierungen im Rahmen der in jedem der beiden Staaten bestehenden Gesetze, Rechtsvorschriften und Regelungen zu möglichst günstigen Bedingungen gewährt werden. Sie werden bemüht sein, günstige Rahmenbedingungen für die kommerzielle Finanzierung neuer Formen der Zusammenarbeit, insbesondere von Projektfinanzierungen für Infrastrukturvorhaben, zu entwickeln.

Artikel 10

Der Zahlungsverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China wird in Übereinstimmung mit den in jedem der beiden Staaten geltenden Gesetzen, Rechtsvorschriften und Bestimmungen in der Währung der Bundesrepublik Deutschland oder der Währung der Volksrepublik China oder in einer anderen von den Geschäftspartnern vereinbarten, frei konvertierbaren Währung abgewickelt.

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien befürworten, dass Streitigkeiten, die aus den zwischen den Unternehmen, Organisationen und Institutionen beider Länder geschlossenen Verträgen entstehen, oder damit in Zusammenhang stehen, nach Möglichkeit durch Verhandlungen gütlich beigelegt werden.

(2) Werden die Streitigkeiten durch Verhandlungen nicht beigelegt, so können die streitenden Parteien aufgrund einer in ihren Verträgen vereinbarten Schiedsklausel oder aufgrund besonderer Schiedsvereinbarungen die Durchführung eines Schiedsverfahrens beantragen. Das Schiedsverfahren kann in der Bundesrepublik Deutschland, in der Volksrepublik China oder in einem von den beiden Parteien vereinbarten dritten Staat stattfinden. Auf das Verfahren findet die Schiedsordnung Anwendung, die für das von den streitenden Parteien vereinbarte Schiedsgericht gilt.

(3) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen, Organisationen und Institutionen in ihren Verträgen Schiedsgerichtsklauseln gemäß den von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Standardschiedsregeln aufzunehmen.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei gefällten Schiedssprüche gemäß den Bestimmungen des am 10. Juni 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche gegenseitig anzuerkennen und zu vollstrecken.

Artikel 12

- (1) Beide Vertragsparteien bilden einen Gemischten Ausschuss, der sich aus Regierungsvertretern und Vertretern der Wirtschaft zusammensetzt.
- (2) Der Gemischte Ausschuss hat die Aufgabe, die Durchführung dieses Abkommens zu überwachen, Fragen und Probleme zu erörtern, die sich bei der Durchführung dieses Abkommens ergeben, Empfehlungen, die zur Verwirklichung der Ziele des Abkommens beitragen können, auszuarbeiten, und sie den Regierungen beider Seiten vorzulegen.
- (3) Der Gemischte Ausschuss erörtert unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung in beiden Ländern und der sich daraus ergebenden Prioritäten und Interessen beider Seiten die Themen für die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Industrie und Technik.
- (4) Der Gemischte Ausschuss tritt auf Wunsch der Vertragsparteien abwechselnd in einem der beiden Länder zusammen.
- (5) Der Gemischte Ausschuss kann, falls beide Vertragsparteien dies für notwendig erachten, für besondere Fragen oder Aufgaben Arbeitsgruppen oder spezialisierte Kontaktgremien bilden, die ihn bei der Erreichung der Ziele dieses Abkommens unterstützen.

Artikel 13

Falls internationale Verpflichtungen einer der Vertragsparteien dieses Abkommen berühren und Auswirkungen auf die grundlegende Zielsetzung dieses Abkommens haben, werden die Vertragsparteien Konsultationen durchführen.

Artikel 14

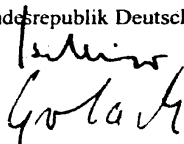
(1) Das Abkommen bedarf der Erfüllung der für das Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen der jeweiligen Vertragspartei und der gegenseitigen Mitteilungen darüber. Dieses Abkommen tritt am 30. Tag nach dem Eingang der letzten Mitteilung in Kraft.

(2) Dieses Abkommen gilt für die Dauer von fünf Jahren und verlängert sich für jeweils weitere fünf Jahre, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit der anderen Vertragspartei die Kündigung des Abkommens auf diplomatischem Wege schriftlich mitteilt.

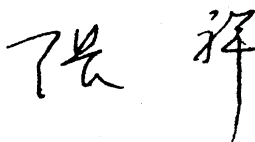
(3) Die Vertragsparteien können, falls sie dies für notwendig erachten, dieses Abkommen ändern.

Geschehen zu *Berlin* am *30. Juni 2000* in zwei Urschriften, jede in deutscher und chinesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland



Für die Regierung der
Volksrepublik China



[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE PEOPLE'S REPUBLIC OF CHINA CONCERNING COOPERATION IN THE ECONOMIC, INDUSTRIAL AND TECHNOLOGICAL FIELDS

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the People's Republic of China, hereinafter referred to as the Contracting Parties,

Desiring to strengthen and develop relations in the economic, industrial and technological fields between the two countries on the basis of equality and mutual advantage,

Recognizing the contribution made to the development of bilateral economic relations by the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the People's Republic of China concerning Economic Cooperation of 24 October 1979,

Intending to enhance the framework conditions for new forms of cooperation, through a new Agreement,

In accordance with the laws of the Contracting Parties and their respective international obligations,

Having regard to the Trade and Economic Co-operation Agreement between the European Economic Community and the People's Republic of China of 21 May 1985,

Have agreed as follows:

Article 1

(1) The Contracting Parties shall endeavour to promote and expand cooperation in the economic, industrial and technological fields between the two States through appropriate measures. In so doing, they shall seek to develop their economic relations on the basis of non-discrimination and mutual advantage in as balanced and harmonious a manner as possible.

(2) The Contracting Parties affirm their readiness to grant the enterprises, organizations and institutions of the other Party the broadest possible rights to access their markets, subject to their international obligations.

Article 2

(1) Cooperation in the economic, industrial and technological fields between enterprises, organizations and institutions of the two States within the framework of this Agreement shall have an essentially commercial basis. The terms of cooperation shall be agreed by the enterprises, organizations and institutions concerned in the light of their respective interests and in conformity with the laws in force in each State.

(2) Legal obligations assumed by enterprises, organizations and institutions of the two States prior to the entry into force or during the period of validity of this Agreement shall not be affected by changes made to this Agreement or by its termination.

Article 3

Cooperation may include:

- The manufacture of goods and their sale in the markets of the two countries, as well as in the markets of third countries;
- Services;
- Investments, including the founding of joint enterprises;
- The construction, extension and modernization of industrial plants and infrastructure;
- The exchange of patents, licences and technological know-how, including technical data and documentation;
- The application and improvement of existing technological processes and the development of new ones;
- Industrial research and development;
- The exchange of information to improve sales prospects;
- The exchange of specialist delegations, experts and trainees;
- The arrangement of symposiums, seminars, fairs and exhibitions.

Article 4

The Contracting Parties are aware that precise and up-to-date economic, trade and business information is important for successful economic cooperation. They shall endeavour to ensure that enterprises, organizations and institutions of the two sides that are interested in economic cooperation receive the requisite information in conformity with the laws of each Contracting Party. In view of the importance of reliable and comparable statistics, the two Contracting Parties shall promote close cooperation between the central statistical agencies of the two countries.

Article 5

The Contracting Parties shall, in conformity with the laws and regulations in force in the two States and within the limits of their means, promote and support the establishment and maintenance of business contacts between enterprises, organizations and institutions of the two sides that are interested in cooperation in the economic, industrial and technological fields. If necessary, they shall help to resolve any difficulties that may arise in the maintenance of direct contacts between partners interested in cooperation.

Article 6

(1) Enterprises, organizations and institutions domiciled in the territory of one Contracting Party shall enjoy in the territory of the other Contracting Party the right to set up enterprises with foreign participation, subsidiaries and representative offices in keeping with the laws and regulations in force in the other Contracting Party. The Contracting Parties assume no responsibility over and above the obligations they have assumed under international agreements or within the framework of international organizations.

(2) The Contracting Parties shall grant no less favourable treatment to enterprises, organizations and institutions domiciled in the territory of the other Contracting Party than to enterprises, organizations and institutions of other third countries within the framework of their respective laws, regulations and international obligations. This shall apply especially with regard to the establishment of permanent representative offices, the hiring and employment of skilled personnel and managers, the renting of office and living spaces, the installation of telephone, fax and telex connections and the import and re-export of necessary office furnishings and personal effects.

(3) Enterprises, organizations and institutions domiciled in the territory of one Contracting Party which have set up an establishment in the territory of the other Contracting Party shall be entitled to form associations to manage their joint interests in keeping with the laws and regulations in force in the host country.

Article 7

With respect to the support that may be needed in particular by small and medium-sized enterprises domiciled in the territory of one Contracting Party in order to cooperate in the economic, industrial and technological fields with partners of the other Contracting Party, each Contracting Party affirms its readiness to provide comprehensive support for the activities of organizations which work to promote trade and cooperation on behalf of the other Contracting Party.

Article 8

The Contracting Parties recognize the importance of the effective protection of intellectual property for cooperation in the economic, industrial and technological fields. They affirm their readiness to work together in the area of industrial property rights, with the aim of enforcing the laws and regulations in force in the two countries. They shall in particular keep each other fully informed about regulations and procedures in force in the territory of the two States for the protection of intellectual property.

Article 9

In view of the importance of the financing of medium- and long-term projects for the development and consolidation of cooperation in the economic, industrial and technological fields, the Contracting Parties shall endeavour to ensure that such financing is obtained on the best possible terms in keeping with the existing laws, regulations and rules of the

two States. They shall strive to develop favourable framework conditions for the commercial financing of new forms of cooperation, especially project financing for infrastructure projects.

Article 10

Payments between the Republic of Germany and the People's Republic of China shall be made in accordance with the laws, regulations and provisions in force in the two States, in the currency of the Federal Republic of Germany, the currency of the People's Republic of China or another freely convertible currency agreed upon by the business partners.

Article 11

(1) The Contracting Parties advocate that, wherever possible, disputes arising from or connected with contracts concluded between the enterprises, organizations and institutions of the two countries shall be settled amicably by negotiation.

(2) If the disputes are not settled by negotiation, the parties to the dispute may request the holding of arbitration proceedings on the basis of an arbitration clause agreed upon in their contracts or on the basis of special arbitration agreements. The arbitration proceedings may take place in the Federal Republic of Germany, the People's Republic of China or a third State agreed upon by the two Parties. The arbitration rules of the arbitral tribunal agreed upon by the Parties shall be applied during the proceedings.

(3) The Contracting Parties recommend that enterprises, organizations and institutions include in their contracts arbitration clauses based on the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL).

(4) The Contracting Parties mutually undertake to accept and execute an arbitral award issued in the territory of the other Contracting Party in accordance with the provisions of the Agreement on the Acceptance and Execution of Foreign Arbitral Awards signed on 10 June 1958 in New York.

Article 12

(1) The two Contracting Parties shall set up a Joint Commission consisting of governmental representatives and representatives of the business community.

(2) The Joint Commission's function shall be to supervise the implementation of this Agreement, to consider questions and problems arising from the implementation of this Agreement and to formulate and submit to the respective Governments recommendations which might contribute to the realization of the objectives of this Agreement.

(3) The Joint Commission shall consider topics for cooperation in the economic, industrial and technological fields in the light of economic developments in each country and the consequent priorities and interests of the two sides.

(4) The Joint Commission shall meet at the request of the Contracting Parties alternately in each of the two countries.

(5) If the two Contracting Parties deem it necessary, the Joint Commission shall establish working groups or specialized contact groups for particular questions or tasks to assist it in accomplishing the aims of this Agreement.

Article 13

If the international obligations of either of the Contracting Parties to this Agreement should affect or have repercussions for the fundamental purpose of this Agreement, the Contracting Parties shall hold consultations.

Article 14

(1) For its entry into force the Agreement shall require the fulfilment of the necessary domestic requirements of each Contracting Party and reciprocal notification to that effect. This Agreement shall enter into force on the thirtieth day following the date of receipt of the last such notification.

(2) This Agreement shall remain in force for a period of five years and shall be extended for further five-year periods provided that neither Contracting Party denounces the Agreement to the other Contracting Party by the diplomatic channel, in writing, three months prior to its expiration.

(3) The Contracting Parties may amend this Agreement if they deem it necessary.

Done at Berlin on 30 June 2000 in duplicate in the German and Chinese languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

WOLFGANG ISCHINGER
AXEL GERLACH

For the Government of the People's Republic of China:

ZHANG XIANG

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
POPULAIRE DE CHINE RELATIF À LA COOPÉRATION DANS LES
DOMAINES ÉCONOMIQUE, INDUSTRIEL ET TECHNOLOGIQUE

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République populaire de Chine, désignés ci-après les Parties contractantes,

Désireux de renforcer et de développer les relations dans les domaines économique, industriel et technologique entre les deux pays sur la base des principes d'égalité et des avantages mutuels,

Reconnaissant la contribution faite au développement des relations économiques bilatérales par l'Accord du 24 octobre 1979 de Coopération économique entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République populaire de Chine,

Envisageant d'étendre les conditions-cadres pour de nouvelles formes de coopération, par le biais d'un nouvel Accord,

Dans le respect des lois des Parties contractantes et de leurs obligations internationales respectives,

Compte tenu des dispositions de l'Accord de Coopération commerciale et économiques du 21 mai 1985 entre la République populaire de Chine et la Communauté économique européenne,

Sont convenus de ce qui suit :

Article 1

(1) Les Parties contractantes mettront tout en oeuvre pour promouvoir et développer la coopération dans les domaines économique, industriel et technologique entre les deux États par le biais des mesures appropriées. À cet effet, elles chercheront à développer leurs relations économiques en vertu du principe de la non-discrimination et des avantages réciproques, d'une manière aussi équilibrée et harmonieuse que possible.

(2) Les Parties contractantes affirment leur volonté d'octroyer aux entreprises, organisations et institutions de l'autre Partie les droits les plus larges possibles d'accès à leurs marchés, sous réserve de leurs obligations internationales.

Article 2

(1) La coopération dans les domaines économique, industriel et technologique entre les entreprises, les organisations et les institutions des deux États, dans le cadre du présent Accord, sera essentiellement de nature commerciale. Les modalités de la coopération seront convenues par les entreprises, les organisations et les institutions concernées au regard de leurs intérêts respectifs et dans le respect des lois en vigueur dans chaque État.

(2) Les obligations légales assumées par les entreprises, les organisations et les institutions des deux États, préalablement à l'entrée en vigueur ou pendant toute la période de validité du présent Accord, ne seront pas affectées par les changements apportés au présent Accord ou par sa cessation.

Article 3

La coopération pourra concerner :

- La fabrication de biens et leur vente sur les marchés des deux pays, ainsi que sur les marchés des pays tiers;
- Les services;
- Les investissements, y compris la création de coentreprises;
- La construction, l'extension et la modernisation de sites et d'infrastructures industriels;
- L'échange de brevets, licences et savoir-faire technologique, y compris des données et documentation techniques;
- La mise en oeuvre et l'amélioration de processus technologiques existants, ainsi que le développement de nouveaux processus;
- La recherche et le développement industriels;
- L'échange d'information en vue d'améliorer les perspectives commerciales;
- L'échange de délégations spécialisées, d'experts et de stagiaires;
- L'organisation de symposiums, séminaires, salons et expositions.

Article 4

Les Parties contractantes sont conscientes que des informations économiques, commerciales et professionnelles précises et actualisées sont capitales pour le succès de la coopération économique. Elles mettront tout en oeuvre pour s'assurer que les entreprises, organisations et institutions des deux côtés, qui sont intéressées par une coopération économique, reçoivent les informations requises, dans le respect des lois en vigueur dans chacune des Parties contractantes. Au regard de l'importance de statistiques fiables et comparables, les deux Parties contractantes promouvront une coopération étroite entre les agences centrales de statistiques des deux pays.

Article 5

Les Parties contractantes promouvront et supporteront, dans le respect des lois et réglementations en vigueur dans les deux États, ainsi que dans les limites de leurs moyens, la création et le développement de contacts commerciaux entre les entreprises, organisations et institutions des deux États, qui sont intéressées par une coopération dans les domaines économique, industriel et technologique. Si nécessaire, elles oeuvreront à la résolution de toute difficulté susceptible de surgir dans l'entretien de contacts directs entre les partenaires intéressés par une coopération.

Article 6

(1) Les entreprises, organisations et institutions établies sur le territoire de l'une des Parties contractantes bénéficieront, sur le territoire de l'autre Partie contractante, du droit d'établir des entreprises à participation étrangère, des filiales et des bureaux de représentation, dans le respect des lois et réglementations en vigueur dans l'autre Partie contractante. Les Parties contractantes n'endossent aucune responsabilité à propos et en sus des obligations qu'elles ont assumées dans le cadre de conventions internationales ou dans le cadre d'organisations internationales.

(2) Les Parties contractantes accorderont aux entreprises, organisations et institutions établies sur le territoire de l'autre Partie contractante un traitement au moins aussi favorable que celui octroyé aux entreprises, organisations et institutions d'autres pays tiers dans le cadre de leurs lois, réglementations et obligations internationales respectives. Cette obligation s'appliquera particulièrement à l'établissement de bureaux permanents de représentation, au recrutement et à l'occupation de personnel et de managers qualifiés, à la location d'espaces de bureau et de vie, à l'installation des connexions téléphonique, de télécopieur et de télex, ainsi qu'à l'importation et à la réexportation des fournitures de bureau nécessaires et des effets personnels.

(3) Les entreprises, organisations et institutions établies sur le territoire de la Partie contractante ayant créé un établissement sur le territoire de l'autre Partie contractante seront habilitées à constituer des associations en vue de gérer leurs intérêts communs inhérents au respect des lois et réglementations en vigueur dans le pays d'accueil.

Article 7

En ce qui concerne le support qui pourrait être nécessaire, plus particulièrement pour les petites et moyennes entreprises établies sur le territoire de l'une des Parties contractantes, en vue de coopérer dans les domaines économique, industriel et technologique avec des partenaires de l'autre Partie contractante, chacune des Parties contractantes affirme sa volonté de fournir un appui complet aux activités des organisations qui oeuvrent à la promotion du commerce et de la coopération pour le compte de l'autre Partie contractante.

Article 8

Les Parties contractantes reconnaissent l'importance de la protection effective de la propriété intellectuelle en vue de favoriser la coopération dans les domaines économique, industriel et technologique. Elles affirment leur volonté de collaborer dans le domaine des droits de propriété industrielle, en ayant à l'esprit l'application des lois et réglementations en vigueur dans les deux pays. Elles se tiendront plus particulièrement en tout point informées à propos des réglementations et des procédures en matière de protection de la propriété intellectuelle en vigueur sur le territoire des deux États.

Article 9

Eu égard à l'importance de financer, à moyen et à long terme, des projets inhérents au développement et à la consolidation de la coopération dans les domaines économique, industriel et technologique, les Parties contractantes veilleront à obtenir ce financement en vertu des modalités les plus favorables possibles, dans le respect des lois, réglementations et règles existantes dans les deux États. Elles s'efforceront de développer des conditions favorables au financement commercial de nouvelles formes de coopération, notamment le financement pour des projets d'infrastructure.

Article 10

Les paiements entre la République d'Allemagne et la République populaire de Chine seront effectués dans le respect des lois, réglementations et dispositions en vigueur dans les deux États, dans la devise de la République fédérale d'Allemagne, dans la devise de la République populaire de Chine ou dans toute autre devise librement convertible convenue par les partenaires commerciaux.

Article 11

(1) Les Parties contractantes préconisent, chaque fois que cela s'avèrera possible, de régler à l'amiable par la négociation les litiges découlant de ou afférents aux contrats conclus entre les entreprises, les organisations et les institutions des deux pays.

(2) Si les litiges ne sont pas résolus par la négociation, les parties en différend pourront solliciter la tenue de procédures d'arbitrage en application d'une clause d'arbitrage convenue dans leurs contrats ou en application de contrats d'arbitrage particuliers. Les procédures d'arbitrage pourront se dérouler en République fédérale d'Allemagne, en République populaire de Chine ou dans un État tiers convenu par les deux Parties. Les règles d'arbitrage du tribunal arbitral accepté par les Parties s'appliqueront à l'occasion de ces procédures.

(3) Les Parties contractantes recommandent aux entreprises, organisations et institutions l'insertion dans leurs contrats de clauses d'arbitrage inspirées des Règles de l'Arbitrage de la Commission des Nations Unies pour le droit commercial international (CNUDCI).

(4) Les Parties contractantes s'engagent mutuellement à accepter et à exécuter une sentence arbitrale décrétée sur le territoire de l'autre Partie contractante, dans le respect des dispositions de la Convention pour la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales étrangères, signée à New York le 10 juin 1958.

Article 12

(1) Les deux Parties contractantes créeront une Commission mixte composée de représentants gouvernementaux et de représentants du monde des affaires.

(2) La fonction de cette Commission mixte sera de superviser la mise en oeuvre du présent Accord, d'aborder les questions et les problèmes découlant de la mise en oeuvre du

présent Accord et de formuler et soumettre aux Gouvernements respectifs des recommandations susceptibles de contribuer à la concrétisation des objectifs du présent Accord.

(3) La Commission mixte examinera des questions relatives aux domaines économique, industriel et technologique au regard des développements économiques dans chaque pays et des priorités et intérêts conséquents des deux côtés.

(4) À la demande des Parties contractantes, la Commission mixte se réunira successivement dans chacun des deux pays.

(5) Si les deux Parties contractantes l'estiment nécessaire, la Commission mixte créera des groupes de travail ou des groupes de contact spécialisés, chargés de questions ou tâches particulières afin de l'assister dans la concrétisation des objectifs du présent Contrat.

Article 13

Si les obligations internationales de chacune des Parties contractantes au présent Accord devaient affecter ou avoir des répercussions sur l'objectif fondamental du présent Accord, les Parties contractantes tiendraient des consultations.

Article 14

(1) L'entrée en vigueur du présent Accord nécessitera l'accomplissement des exigences domestiques indispensables dans chaque Partie contractante et la notification réciproque à cet effet. Le présent Contrat entrera en vigueur le trentième jour qui suit la date de réception de la dernière notification.

(2) Le présent Accord restera en vigueur pour une période de cinq années et sera reconduit pour des périodes successives de cinq années, pour autant qu'aucune des Parties contractantes ne dénonce par écrit le présent Accord à l'autre Partie contractante par la voie diplomatique, trois mois avant son expiration.

(3) Les Parties contractantes pourront amender le présent Accord si elles l'estiment nécessaire.

Fait à Berlin, le 30 juin 2000, en double exemplaire, dans les langues allemande et chinoise, ces deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

WOLFGANG ISCHINGER

AXEL GERLACH

Pour le Gouvernement de la République populaire de Chine :

ZHANG XIANG

